

# Evangelische Verantwortung

## Mega-Thema: Bildung

Karin Wolff

**Bildung im nächsten Jahrhundert – das beschreibt das Grunddilemma von Bildung: Mit unserem heutigen Verstand, mit unserer eigenen Bildung und den täglich zuwachsenden Informationen sollen wir bestimmen, was unsere Nachfahren einmal würden gebraucht haben.**

Einen Blick in die Zukunft, das kommende Jahrhundert zu werfen, bedarf also des Mutes und ist riskant. In welchen Bereichen wird sie der jetzigen Gegenwart ähneln, wo wird sie revolutionär anders sein? Die Verhältnisse von 1900 und 2000 unterscheiden sich rasant; was mögen die Menschen damals vom neuen Jahrhundert erwartet haben? Und es ist nicht zu bezweifeln, dass der Wandel sich beschleunigt hat.

### Bildung wird Mega-Thema bleiben

In einem jedoch fällt die Prophezie leicht: Wie am Ende dieses Jahrhunderts wird gerade im 21. Jahrhundert das Bildungsthema ein Mega-Thema bleiben müssen. Von Bildung, Wissenschaft und Forschung wird alles abhängen: die eigene wirtschaftliche Existenz wie auch die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit unseres Landes. Und es scheint ein wesentliches Merkmal deutscher Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit zu sein, dass wir einigermassen einmalig komplexe Systeme denken und verarbeiten können.



**Karin Wolff:**  
Wertevermittlung lässt sich nicht auf das Fach Religion verengen.

Wir sollten aber nicht hinteranstellen, dass auch Fragen persönlicher Identität, die Lebenschancen des Einzelnen auch außerhalb wirtschaftlicher Faktoren an der Bildung hängen. Auch der Staat und sein Gewicht, seine Anerkennung werden wesentlich beeinflusst von der Bildungsbereitschaft und Bildungsfähigkeit einer Gesellschaft und ihrer Individuen.

Die neue hessische Landesregierung ist daher angetreten, nicht nur von der Pri-

orität Bildung zu sprechen, sondern diese auch wirklich zu setzen. 1.400 Lehrerstellen auf einen Schlag zusätzlich zu den Ersatzstellungen sind ein Kraftakt – denn Priorität bedeutet immer, dass andere Maßnahmen, die auch richtig wären, hintanstellen müssen; und es bedeutet, dass andere Ressorts damit leben müssen, dass sie um der Bildung und Ausbildung der jungen Generation willen kräftige Einschnitte im eigenen Fleisch vornehmen müssen.

**Prioritätensetzung** heißt nämlich in aller Regel nicht, dass man zwischen guten und schlechten Aufgaben unterscheiden könnte; man muss oftmals entscheiden zwischen dem ersten und zweiten Platz der Rangfolge.

### Keine reine Schulformdiskussion – aber Differenzierung tut not

Tony Blair, der britische Premierminister, sagt sinngemäß: Schüler haben nun einmal unterschiedliche Begabungen – und wir sollen ihre Talente zum Erfolg bringen. Nachdem wir die reine

## Themen:

Bildung und Erziehung	1/4
Bildung und Religion	7
Globalisierung	10
Reformation	12/16

Schulformdebatte nun einigermaßen hinter uns haben, sollten wir bedenken, was diese Aussage bedeutet. Die Talente sind unterschiedlich und die Lernwege auch. Jedes Talent aber will entdeckt und ausgeschöpft sein; wir sind verpflichtet, aus den Kindern „herauszuholen“, was auf den verschiedenen Ebenen in ihnen schlummert. Dies bedeutet, dass die Lehrerinnen und Lehrer eine große Verantwortung darin haben, Begabungen treffsicher zu erkennen und zu fördern.

Dabei muss dort angesetzt werden, was das Kind oder der Jugendliche schon kann. Überforderung oder Forderung auf der falschen Ebene demotivieren; Unterforderung bewirkt das Gleiche. Daher haben wir uns entschlossen, umgehend bildungsgangbezogene Lehrpläne zu erstellen. Gleiche Lehrpläne für alle sagen nichts darüber aus, was für die betreffende Gruppe wirklich erreicht werden soll, sondern bleiben unbestimmt und für die Mehrheit unerreichbar. Wir sind aber darauf angewiesen, dass wir mit Hilfe praxisbezogener Methoden versuchen, den Weg zu einem Hauptschulabschluss zu öffnen und darüber hinaus für eine Ausbildung.

Gleichermassen sind wir darauf angewiesen, Hochbegabungen zu identifizieren und ihnen Stoff zum Forschen individuell oder in einer Gruppe Gleichgesinnter zu geben. Keine Gesellschaft kann sich erlauben, Spitzenbegabungen brach liegen zu lassen oder sich mit einer grösseren Zahl von Menschen ohne jeglichen Abschluss abzufinden. Weil dies alles so ist, sehe ich immer mehr Gesamtschulen, die unter ihrem gemeinsamen Dach immer stärker zu Differenzierungen und homogener Klassenbildung greifen.

### Globalisierung und Konzentration

Informationen verdoppeln sich angeblich in fünf Jahren, die Halbwertszeiten werden immer kürzer – wer auch immer dies berechnet haben mag, in der Tendenz stimmt es wohl. Schule darf auf keinen Fall diesen neuen Informationen hinterher rennen wollen – sie muss sie exemplarisch verwenden.

Schule ist zugleich auch die Zeit, bevor die Jugendlichen in hochspezialisierte

Ausbildungs- und Berufszweige übergehen; allein im IT-Bereich gibt es gerade derzeit vier neue Berufe.

Daraus entstehen bei mir zwei miteinander verwandte Forderungen: Zum einen braucht es angesichts des rasanten Wissensfortschritts eine Konzentration auf Gegenstände maximaler Veraltensresistenz (H. Lübke). Das heißt: Wir müssen uns auf die Verfügbarkeit von Grundkenntnissen und auf Allgemeinbildung verlassen können. Die Allgemeinbildung ist die Verbindung zur anderen Forderung: Wenn es denn so ist, dass sich nach der Schule alles ausdifferenziert, jeder aber auch mit späterem Wechsel rechnen darf oder muss – dann sollte die Schule Dinge vermitteln, über die man auch lange später noch gemeinsam reden kann. Das ist die Frage nach dem Bildungskanon als einer Grundlage von Kommunikationsfähigkeit in der Gesellschaft. Sie stellt sich in meinen Augen neu, je mehr die Gesellschaft auseinanderzufließen scheint.

### Die Qualitätsfrage ist unausweichlich geworden

Arbeitgeber, Verbände und Hochschulen mögen schon seit langem „jammern“ – mit der TIMS-Studie ist die Qualitätsfrage endlich allgemein unausweichlich geworden. Die Qualität wird das Kriterium für die Güte einer Schule oder Schulform. In meinen Augen wurden für Deutschland zwei didaktisch-methodische Desiderate sichtbar und zwei allgemeine: Im Vergleich zu Japan und der Schweiz waren in Deutschland das Prinzip „Wiederholung“ und das „problemlösende Lernen“ Mangelware.

Festigung des Gelernten ist aber die Voraussetzung zu seiner Verfügbarkeit, auch zu verbindendem Lernen. Problemlösendes Lernen als selbstständige Form des zunehmend eigenverantwortlichen Lernens ist genauso eine Voraussetzung zur Bereitschaft zum lebenslangen Lernen. Wer auf feste Grundlagen zurückgreifen kann und gleichzeitig die fragende und aktive Neugier bewahrt, ist prädestiniert, immer weiter lernen und Antworten suchen zu wollen.

Der allgemeine Mangel scheint in Deutschland eine wenig leistungsbegeisterte Gesellschaft zu sein, die nicht wie in Japan die Bildung als höchstes gesellschaftliches Gut vor allen materiellen Gütern betrachtet. Respekt vor der Bildung und auch ein wenig vor den Bildungsvermittlern, den Lehrern, könnte uns nicht schaden.

Konsequenzen aus TIMS müssen in Deutschland gerade im Bereich von Mathematik und Naturwissenschaften gezogen werden; diese Fächer müssen wieder zu größerer Anerkennung gelangen. Auch wenn ich selbst manchmal in der Versuchung der Koketterie bin: Das Bekunden mathematischer Unkenntnisse darf nicht länger als schick gelten.

### Leistungsschule

Viele erschrecken noch immer vor diesem Begriff – suggeriert er doch Überforderung und Leistungsdruck. Leistung ist aber das demokratisch angemessene Prinzip. Wenn es Herkunft und Geld nicht sein dürfen, muss es die Leistung sein. Auch vor diesem Hintergrund brauchen wir eine Vielfalt der Bildungsgänge, denn Leistung muss in einem Rahmen beurteilt werden, der angemessen ist. Wenn dem so ist, dann muss es auch möglich sein, Leistung zu fordern und zu bewerten: Dann können Nachbarklassen nicht unterschiedlich, „relativ“ benotet werden, dann darf man Leistungsbewertung nicht verbieten oder die Zahl der Arbeiten so einschränken, bis jede vereinzelte Klassenarbeit schon Panik auslöst.

Zentral vorgegebene Tests oder Abschlussprüfungen sind geeignete Mittel der Qualitätskontrolle. Hier wird ein realistischer Vergleich angestellt – und dieser Vergleich ist, wie ein Teil der Münze die andere Seite ergänzt, das Pendant und das Korrektiv zur zunehmend und zu recht geforderten Selbstverantwortung der einzelnen Schule.

### Sprachenkompetenz und Kulturkompetenz

Man sagt gelegentlich, das Werkzeug des Analphabeten sei die Faust – das stimmt. Es kommt also wesentlich dar-

auf an, dass unsere Kinder und Jugendlichen von früh an in ihrer eigenen Sprache wie auch in anderen Sprachen in die Lage versetzt werden, sich mit Worten auseinanderzusetzen und in Worten Sachverhalte zu benennen, zu erklären, zu strukturieren, auch zu bewerten. Dieser Zustand scheint mir auch nach neun Jahren Englisch noch nicht ausreichend erbracht. Frühkindliche Fähigkeiten in der Grundschule sind stärker zu nutzen; Englisch muss also von früh an vertraut werden.

### Kultur und Kulturen verstehen

Es ist zwingend notwendig, dass unsere Schülerinnen und Schüler sich einordnen können in die Geschichte des eigenen Landes, Europas und der Welt. Das hilft erheblich dazu, sich selbst in der eigenen Gesellschaft zu verstehen. Von hier aus kann man Verständnis für andere schaffen, auch für andere Kulturen, die zum Teil bei uns leben. Zu dieser Kultur und zu diesen anderen Kulturen gehört auch die Religion. Hier in besonderer Weise findet der Jugendliche ein Angebot zur Identifikation – zur Auseinandersetzung mit der Schrift, der Kunst und Musik, der Baukunst, der Geschichte.

### Muss Bildung so lang sein?

Diese Diskussion sehe ich recht entspannt. Denn das, was sich in Baden-Württemberg „Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten“ nennt, gibt es nun auch in modifizierter Form auf gesetzlicher Basis in Hessen. Das bedeutet, jeder Jugendliche, der einen schnelleren Lernzugang hat und weniger Wiederholungen braucht, ist hier prima untergebracht.

### Die Erziehungskraft der Schulen

Aber auch das Einschulungsalter bedarf der Korrektur. Es kann nicht im Sinne der Kinder sein, dass sie möglichst lange von der Grundschule ferngehalten werden, um die Spielphase zu verlängern. Die Grundschule beginnt spielerisch und führt sensibel zu konzentrierterem Lernen. Diese Lernzeit sollte nicht verschenkt werden, indem eine große Zahl der Kinder erst mit 7 Jahren das Klassenzimmer betritt.

## Saarbrücker Thesen zur Bildungspolitik

1. Junge Menschen haben einen Anspruch darauf, das Richtige zu lernen. Die Qualität von Unterricht und Bildungsabschlüssen muß stimmen. Lehrerbildung und -fortbildung sind gezielt auf die Erfordernisse der modernen Schule auszurichten.

2. Kinder und Jugendliche müssen ernst genommen werden im Blick auf die Entwicklung ihres Bewusstseins für Werte, Tugenden und die kulturellen Grundlagen unseres Gemeinwesens. Damit verbundene Urteilskraft und Identität begründen Selbständigkeit. Deshalb muß Erziehung in Elternhaus und Schule ernster genommen werden. Die Erziehungspartnerschaft beider ist unerlässlich.

3. Junge Menschen erbringen mehr als fachliche und schulische Leistungen. Viele sind innerhalb der Schule oder anderswo, in der Jugendarbeit, bei Wettbewerben, im Sport, in der sozialen oder ökologischen Arbeit engagiert. Solches Engagement gehört wahrgenommen und in einem Zusatz zum Zeugnis vermerkt. Im Blick auf soziales Verhalten und Schlüsselqualifikationen gehören neben Fachnoten auch Kopfnoten ins Zeugnis.

4. Kinder werden häufig vom Schulbesuch zurückgestellt. Es braucht flexible Wege am Schulanfang und eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Kindergarten bzw. vorschulischer Erziehung und der Grundschule. Die CDU Saarland wird darüber hinaus als erste Landesregierung die Kindergartengebühren abschaffen und der vorschulischen Erziehung ein besonderes Augenmerk geben.

5. Kinder lernen – im internationalen Vergleich – in Deutschland erst spät eine erste Fremdsprache. Es ist anzustreben, die erste Fremdsprache ab Klasse 1 anzubieten und in den weiterführenden Schulen neben dem Fremdsprachenunterricht auch mehrsprachiges Lernen an dafür geeigneten Schulstandorten zu ermöglichen.

6. Die beste Vorbeugung gegen Jugend Arbeitslosigkeit ist erwiesenermaßen das Prinzip der dualen beruflichen Bildung. Rascher Wandel auf dem Arbeitsmarkt erfordert die rasche Anpassung der Aus-

bildungsinhalte und eine verstärkte Lernortkooperation zwischen Schule und Betrieb. Daneben sind in den kommenden Jahren ein Zuwachs an Lehrstellen und verstärkte Bemühungen seitens der allgemein bildenden Schulen zur Stabilisierung der Ausbildungsreife der Jugendlichen unerlässlich.

7. Benachteiligte Jugendliche mit schwachem oder ohne Schulabschluß brauchen gezielte Beratung und Begleitung mit dem Ziel weiterer Qualifizierung und eine Beschäftigungsperspektive. Hier sind abgestimmte Wege der Jugendberufshilfe (nach dem Beispiel Baden-Württembergs) zwischen beruflichen Schulen, Ausbildungsbetrieben und der Jugendhilfe zu eröffnen.

8. Die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung verlangt eine Überprüfung der Kosten für Meisterkurse und Existenzgründer. Kosten für Studium und berufliche Existenzgründung müssen vergleichbar sein.

9. Jugendliche müssen flächendeckend die Möglichkeit erhalten, auch bereits nach zwölf Jahren ihr Abitur zu machen. Der achtjährige Bildungsgang und eine damit verbundene Konzentration der Bildungsinhalte gehört zur Weiterentwicklung des Gymnasiums.

10. Mit Blick auf den rasanten Wissenszuwachs wird eine einmal abgeschlossene Berufsausbildung nicht mehr für ein ganzes Berufsleben ausreichen. Daher muß berufsbegleitende Weiterbildung zum festen Bestandteil der Berufsplanung werden. Dabei ist eine enge Vernetzung aller an Bildung und Ausbildung beteiligten Einrichtungen erforderlich. Auch die Hochschulen haben sich dem Weiterbildungsauftrag zu öffnen. So sind neue Weiterbildungskonzepte für diejenigen Berufstätigen zu entwickeln, die ihre berufliche Spezialisierung wissenschaftlich vertiefen wollen. Die duale Weiterbildung ist in Zusammenarbeit von Betrieben und Fachhochschulen auszubauen.

*(Verabschiedete Thesen auf dem Bildungskongreß der CDU am 21.8.99)*

Eine der größten Unarten ist zur Zeit die Trennung von Wissensvermittlung und Erziehung sowie von Inhalt und Schlüsselqualifikationen. Wir werden nur bestehen, wenn diese Faktoren wieder „Hand in Hand“ gedacht und praktiziert werden. In seiner Person erzieht der Lehrer, ob er will oder nicht. Die Inhalte, die unsere Lehrpläne vorschreiben, sind – hoffentlich – so ausgewählt, dass an ihnen erzogen werden kann zu logischem Denken, zu emotionaler und ästhetischer Bildung, Kommunikationsfähigkeit, sozialer Bindung, Nächstenliebe, Forscherdrang und transzendentaler Offenheit. Dies geschieht an allen Inhalten und in allen Fächern.

Die Wertevermittlung lässt sich nicht auf das Fach Religion verengen. Alle Fächer stehen unter dem Anspruch der Verfassungen von Bund und Ländern, die in unterschiedlicher Weise ihre Bindung an die Kultur und Tradition des Christlichen formulieren. Die hessische Verfassung nennt „Ehrfurcht und Nächstenliebe, Achtung und Duldsamkeit, Rechtlichkeit und Wahrhaftigkeit“.

### Schlüsselqualifikationen vermitteln

Allen Fächern gemeinsam ist auch die Aufgabe, durch didaktische und methodische Entscheidungen die „Schlüsselqualifikationen“ zu vermitteln. Falsch ist es aber im Sinne des oben Gesagten zu behaupten, dass Schlüsselqualifikationen das Eigentliche seien und an jedem beliebigen Inhalt vermittelt werden könnten.

Das alles geht aber nur durch Zusammenwirken zwischen Lehrern und Eltern. Die Eltern werden möglicherweise nicht mehr ihre frühere erzieherische Kraft zurückgewinnen – aber sie können keinesfalls aus ihrer Pflicht entlassen werden. Vielmehr gelingt überall dort Erziehung, wo Eltern und Lehrer zu einem neuen Konsens zusammenkommen, sich auf gemeinsame Erziehungsziele, Leitbilder, Schulvereinbarungen oder -verträge einlassen. Um einer sachlich begründet selbstbewussten Jugend willen ist das unabdingbar. ■

### Anm.:

Karin Wolff ist Kultusministerin in Hessen. Sie gehört dem EAK-Bundesvorstand an.

# Europa und europäische Erziehung

Dr. Christian Salzmann

**Die Rede von einer europäischen Erziehung setzt mindestens eine dreifache Überzeugung voraus, nämlich, dass Europa überhaupt ein greifbares Gebilde ist, und dass es so etwas gibt wie ein Europäertum, dass das Europäertum sich nicht in der äußerlichen Zugehörigkeit zu einem Territorium erschöpft, sondern darüber hinaus eine beschreibbare innere Befindlichkeit, eine besondere Kompetenz darstellt, dass die Verwirklichung bzw. Entfaltung dieses Europäertums in Zukunft ein lohnendes Ziel der Erziehung sei.**

Erziehung ist auf die Zukunft ausgerichtet. Sie will die nachwachsenden Generationen auf die Aufgaben vorbereiten, die sie in Zukunft zu lösen haben. Insofern müsste im Zusammenhang mit der europäischen Erziehung **eine Vision von Europa**, eine Vision des Europäischen, entworfen werden, die der künftigen Erziehung als Orientierungsrahmen zu dienen hätte. Nun kann ein solches Bild von Europa natürlich nicht unabhängig von der Geschichte entworfen werden.

Aber gerade angesichts ihrer gerät man bei dem Versuch zu definieren, was Europa eigentlich ausmacht, sehr schnell in Schwierigkeiten. Man hat Europa geographisch zu definieren versucht. Man hat versucht, Europa durch die Unterscheidung von Abendland und Morgenland, durch den Hinweis auf die Orientierung am Christentum (etwa in Abgrenzung zum Islam) oder auch durch den Hinweis auf die gemeinsame Abwehr von Feinden (Hunnen, Türken, Mauren) in seiner Entstehung und Selbstfindung zu bestimmen.

Mir scheint ein anderer Weg erfolgversprechender zu sein. Ich möchte Europa als eine kulturell-geistige und politisch-historische Größe, als ein System mit ei-

ner unverwechselbaren Struktur begreifen, die maßgeblich durch ein polar-dialektisches Grundmuster bestimmt ist. Dieses polare Strukturmuster beinhaltet **Grundmotive, die einander entgegengesetzt sind**, sich aber nicht ausschließen, sondern als sich gegenseitig bedingend und zueinander in produktiver Spannung stehend gedacht werden müssen. Die Ausgewogenheit bzw. Unausgewogenheit ihres gegenseitigen Verhältnisses und die Dynamik des immer neu zu vollziehenden Ausgleichs waren und sind für den Gang der Geschichte Europas von entscheidender Bedeutung. Im folgenden unterscheidet sich **10 solcher Polaritätsdimensionen**.

### Vielfalt und Sinneinheitlichkeit

Das „Europäische“ ist durch das Gegenüber von nationalen und regionalen Besonderheiten und durch kulturelle und sprachliche Eigentümlichkeiten einerseits und eine die Gegensätze überbrückende kulturelle und geistige Sinneinheitlichkeit gekennzeichnet. Das Bewusstsein von diesen verbindenden Gemeinsamkeiten ist im Zeitalter des Nationalismus weitgehend verlorengegangen.

In diesem Zusammenhang gilt es, sich klarzumachen: Die oft durch Fremdherrschaft verursachte Verabsolutierung des Regionalen (oder Nationalen) führt zu all jenen folgenreichen Problemen, wie sie vor allem in der jüngeren europäischen Geschichte immer wieder aufgetreten sind. Man erinnere sich etwa der regionalistischen Bestrebungen in Nordirland oder im Baskenland. Auch die tragischen Verhältnisse im ehemaligen Jugoslawien sind unter diesem Aspekt zu sehen.

Nur wo die Verankerung in der eigenen heimatlichen Lebenswelt, der eigenen Region, ernstgenommen wird, kann, so lehrt die Geschichte, überhaupt erst der Blick für die übergreifenden Gemein-

samkeiten, für das ganze Europa freigesetzt werden. Oder anders ausgedrückt: Nur dort, wo den Menschen der Region zugestanden wird, eine eigene regionale Identität auszubilden, kann sich erst die Bereitschaft einstellen, eine übergeordnete, überregionale Einheit als verbindende und Grenzen überwindende Kraft anzuerkennen. Insofern setzt die Entstehung einer europäischen Identität die **Bildung regionaler Identität** voraus. Zumindest müssen beide in engem Wechselbezug gesehen werden.

## Rationalismus und Irrationalismus

Auf keiner anderen Stelle der Weltgeschichte als in Europa ist die Frage nach der Vernunft so breit und zugleich so tief und folgenreich thematisiert worden. Davon zeugen z. B. das Zeitalter der Aufklärung und des Rationalismus. Die Vernunft hat sich zwar immer als ein Korrektiv des „bloßen Verstandes“ aufgefasst. Ihr entscheidender Gegenpol aber war das Grundmotiv des Irrational-Emotionalen. Die Spannung zwischen beiden Motiven kommt in dem **Gegenüber von Aufklärung und Gegen-aufklärung** zum Ausdruck, das fast überall in Europa deutliche Spuren hinterlassen hat. Die Hinwendung zum Irrationalen vollzog sich in jüngerer Vergangenheit z. B. in der typisch europäischen Lebensphilosophie am Ende des letzten Jahrhunderts und neuerdings in den Diskussionen zum Thema der Postmoderne.

## Wissenschaft und Glaube

Mit der soeben skizzierten Polarität hängt aufs Engste das Verhältnis von Wissenschaft und Glaube zusammen. Ein wesentliches Merkmal der europäischen Kultur ist die Entwicklung der von vornherein grenzüberschreitenden Wissenschaft, vor allem der Naturwissenschaften, im ausgehenden Mittelalter in Verbindung mit einem ausgeprägten Bewusstsein für die Wissenschaftsmethoden, ein Prozess der übrigens auch von der Philosophie in Form der Methodologie und Wissenschaftstheorie reflektiert wurde.

Die Gründungen der ersten Universitäten zeugen davon, dass die Wissenschaften von vornherein ein gesamteuropä-

isches Phänomen waren. – Nun ist die Wissenschaft nicht denkbar ohne die letztlich vom (christlichen) Glauben her inspirierte Unterscheidung von Welt und Transzendenz (vgl. Karl Jaspers). Der Glaube ist zwar in der europäischen Geschichte immer wieder in Gegensatz zur Wissenschaft getreten und umgekehrt. Letztlich hat sich ihr **Verhältnis** aber als ein **dialektisches** erwiesen.

Glauben und Wissenschaft stehen zueinander in Spannung, schließen sich jedoch nicht aus, ja sie bedingen einander insgeheim. Daher ist jede Epoche des künftigen Europa aufgerufen, beides jeweils miteinander konstruktiv zueinander in Beziehung zu setzen.

## Legitimität und Legalität

Wenn man versucht hat, das Europäische durch die Nichtreduzierbarkeit von Legitimität (Rechtmäßigkeit) auf Legalität (Gesetzlichkeit) zu kennzeichnen, so ist damit zugleich gesagt, dass das Gewissen in Europa einen hohen Stellenwert erhalten hat. Dieses nämlich lässt uns erkennen, dass was legal ist, keineswegs legitim zu sein braucht. Nach einem – vielleicht vom Christentum bewirkten – tiefen europäischen Grundkonsens darf das Gewissen nicht durch Institutionen, Apparate und Organisationen eliminiert werden. Damit ist der Wert der Institutionen keineswegs geleugnet. Auch das **Gewissen** ist seinerseits auf die Institutionen als seine eigene Stütze angewiesen.

## Prozessuale Selbstkritik und missionarischer Eifer

Das Europäische kann einerseits durch das Merkmal der prozessualen Selbstkritik andererseits aber auch durch das Merkmal der Selbstüberschätzung gedeutet werden, wie es z. B. in der frühen Begegnung mit außereuropäischen Kulturen zum Ausdruck gekommen ist. Das richtige Maß der Selbsteinschätzung zu finden, ist offenbar eine historische Aufgabe, die sich gerade den europäischen Völkern stellt. Sie kann auch in Zukunft nur gelöst werden, wenn Selbstkritik und **Selbstüberschätzung** sich gegenseitig korrigieren, also weder Überheblichkeit noch Selbstaufgabe der Menschen und Systeme in Europa bestimmen.

## Stabilität und Wandel

Im Gegensatz zu anderen großen geschichtlichen Kulturen ist es ein charakteristischer Zug der europäischen Kultur, „dass sie periodisch eine Krise durchmacht“ (vgl. Ortega y Gasset: Europäische Kultur und europäische Völker. Stuttgart 1954, S. 38) und damit einem ständigen Wandel unterworfen ist. So wechseln Phasen relativer Stabilität sich ab mit Phasen der z. T. radikalen Veränderung, wie sie sich in den großen Revolutionen widerspiegelt. Die **Synthese** von Stabilität und Wandel äußert sich in den Phasen der Evolution, wie sie etwa für die westeuropäischen Staaten der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg charakteristisch ist.

## Selbstbestimmung und Fremdbestimmung

Das Verhältnis von Selbstbestimmung und Fremdbestimmung begegnet uns in der Geschichte Europas in der typischen Ausprägung von Diktaturen und absolutistischen Herrschaftssystemen einerseits und Formen der Demokratie andererseits. Die **Demokratie**, die sich in Europa auf breiter Basis bewährt hat, ist interessanterweise nicht von der radikalen Selbstbestimmung, wie sie z. B. in den Räte- oder Basisdemokratien versucht wurde, geprägt, sondern enthält neben

## Gegen Beliebigkeit hilft nur Verbindlichkeit

„Die wachsende Vielfalt der Standpunkte, Lebensentwürfe und Weltanschauungen in einer international geprägten und technisierten Welt macht also nicht weniger, sondern mehr Orientierung erforderlich. Der grundgesetzlich verankerte Religionsunterricht hat sich als Orientierungs- und Sinngebungsinstanz bewährt. Dieser unschätzbare Orientierungsbeitrag staatlich organisierten und von den Kirchen inhaltlich begleiteten Religionsunterrichts muss erhalten bleiben.“

(Dr. Wolfgang Schäuble, auf dem Bildungspolitischen Zukunftsforum der CDU am 21.8.99)

dem Motiv der Selbstbestimmung immer auch Elemente der Fremdbestimmung, z. B. in der Anerkennung des Mehrheits- und Delegationsprinzips.

**Individualismus und Kollektivismus**

Eine der typisch europäischen Erscheinungen ist auch das spannungsreiche Gegenüber von Individualismus und Kollektivismus. Die Entdeckung des Subjekts

dem durch eine soziale Gesetzgebung „geläuterten“ Kapitalismus, wie er sich in der freien und sozialen Marktwirtschaft konkretisiert, zu liegen.

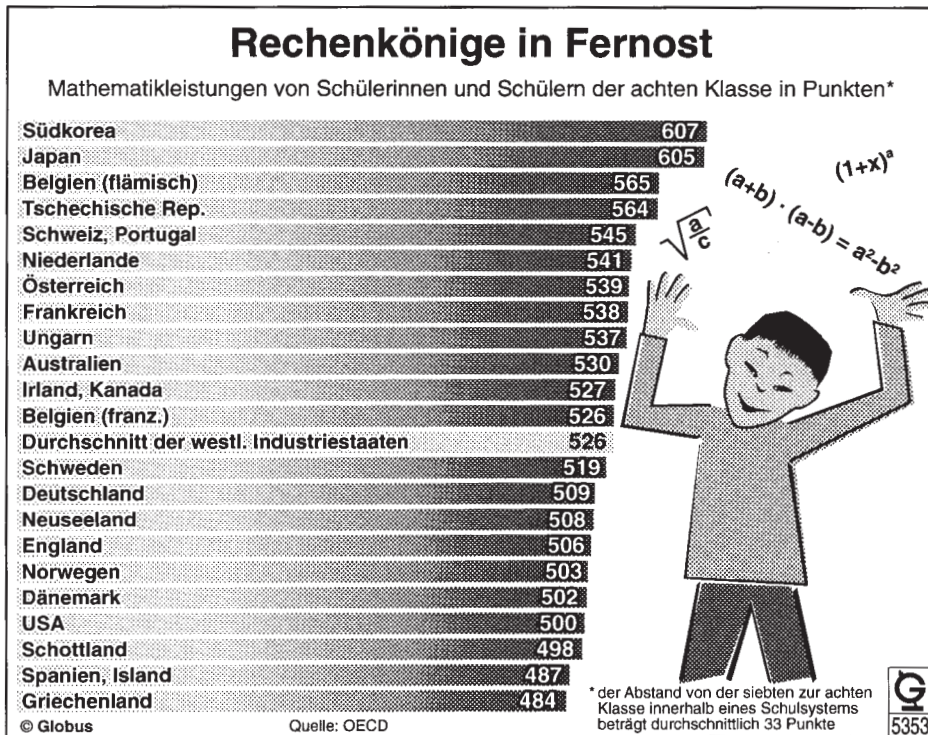
**Dialog und Monolog**

In einem gewissen inneren Zusammenhang steht damit eine weitere Polaritätsdimension, nämlich die von Dialog und Monolog bzw. Dialogik und Monologik. Die

Das Verhältnis von Gegnerschaft und Mitmenschlichkeit scheint eher das einer echten Antinomie (Widersprüchlichkeit) zu sein. Bei genauerem Hinsehen erweist es sich aber ebenfalls als dialektisch: Die Mitmenschlichkeit bedarf zu ihrer Entstehung und Profilierung der Gegnerschaft, diese aber, will sie denn kulturell produktiv sein, auch der Menschlichkeit/Mitmenschlichkeit.

**Gegnerschaft und Mitmenschlichkeit**

Fehlt im Zusammenleben gänzlich das Element des Gegeneinanders, etwa in Form des Wettstreites, wird dieses langfristig schließlich zu einer spannungs-, konturen- und farblosen Gleichförmigkeit führen und die wahre Humanität sogar verfehlen. Denn diese rechnet durchaus mit einem ernstzunehmenden Partner, einem selbständigen Gegenüber und in bestimmten Sachfragen sogar mit einem potentiellen Gegner. Ja, dieser wird gleichsam zum Prüfstein dafür, ob das betreffende Sozialsystem die nötige Kraft aufbringt, zwischen den Partnern eine versöhnende und **verbindende Brücke** zu schlagen. Gerade an der Vielgestaltigkeit Europas wird der friedliche Wettstreit als produktive Synthese zwischen den genannten Polen künftig eine wesentliche Rolle spielen.



wertete zwar das Individuum auf, indem dieses mit einem Gewissen und mit personaler Würde ausgestattet wurde, bewirkte aber in vielen Fällen zugleich auch seine innere und äußerliche Vereinsamung. Gleichsam im Gegenzug wurde die Gemeinschaft, das Kollektiv, „entdeckt“ und damit die Möglichkeit eines **Korrektivs für die Vereinsamung** geschaffen.

Besondere Probleme entstanden und entstehen immer dann, wenn die Betonung des Individuellen sich zum Individualismus und die Betonung der Gemeinschaft sich zum Kollektivismus verabsolutierten. Spezielle europäische Ausprägungen der beiden Pole liegen offenbar im sogenannten Kapitalismus einerseits und dem sogenannten Sozialismus andererseits vor.

Unter Beachtung der gegenwärtigen historischen Bedingungen scheinen mir die Chancen des künftigen Europas in

naheliegende Neigung, nur die eigene Sichtweise, die eigene Lebensauffassung als gültig anzuerkennen, führt schnell zur monologischen Verabsolutierung der eigenen Perspektiven. Die Vielgestaltigkeit Europas fordert dazu heraus und bietet, wie die Geschichte zeigt, zugleich auch hinreichende Chancen dafür, dass die monologische Denkweise durch die dialogische korrigiert und relativiert wird. Wiederum gilt, dass die eigene Auffassung keineswegs hilflos ist, dass sie aber doch nur als eine Position in einem lebendigen Dialog unter gleichberechtigten Partnern gesehen wird.

Wenn der Weg zum künftigen Europa durch die neue Definition seiner Grenzen und der regionalen Eigenständigkeiten bestimmt ist, so hängt die Entwicklung einer übergreifenden **europäischen Identität** entscheidend davon ab, ob es gelingt, die monologische Denkweise durch die dialogische zu ersetzen, zumindest zu korrigieren.

Wie vor allem an den zuletzt dargestellten Polaritätsdimensionen erkennbar ist, kann man sich die zehn polar strukturierten Merkmalsdimensionen als ein **Gesamtsystem mit polarer Grundstruktur** vorstellen, in dem die genannten Dimensionen vielfältig untereinander vernetzt sind. Dieses System ist insgesamt als ein hochdynamisches Gebilde zu charakterisieren, dessen Chancen in dem ständigen Wechselspiel von Spannung und Lösung, der dialektischen Vermittlung der Gegensätze und in der gegenseitigen dialogischen Verständigung der Beteiligten liegen.

Diese Chancen zu sehen und bewusst wahrzunehmen, ist nicht nur eine wichtige politische, sondern auch pädagogische Aufgabe des künftigen Europa. Denn der Ausgleich zwischen den Polen der jeweiligen Spannungsverhältnisse ist keineswegs ein automatischer, von selbst ablaufender Prozess.

## Urteil zu LER nicht mehr in diesem Jahr!

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) wird im seit 1996 anhängigen Rechtsstreit um das Fach Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde“ (LER) in Brandenburg in diesem Jahr kein Urteil mehr fällen. Das teilte die Pressesprecherin des BVG, Uta Fölster, mit.

Das Bundesverfassungsgericht muss über Verfassungsbeschwerden von Kirchen, Eltern und Schülern entscheiden. Sie wollen erreichen, dass der Religionsunterricht und LER in Brandenburg als gleichberechtigte Wahlpflichtfächer angeboten werden.

Die Kirchen lehnen LER ab, weil darin die Gefahr eines staatlichen Alleinanspruchs auf religiöse und weltanschauliche Erziehung und Bildung liege. Die EKD hat eine zügige Entscheidung der Karlsruher Richter angemahnt, weil sonst beträchtlicher Schaden für den Bestand des konfessionellen Religionsunterrichts drohe.

Das Land Brandenburg hat angekündigt, den LER-Unterricht auszuweiten. Im kommenden Schuljahr soll das Pflichtfach an 330 Schulen gelehrt werden (bisher 276). Damit steige die Zahl der unterrichteten Schüler von 42.700 auf voraussichtlich 55.000, so das Potsdamer Bildungsministerium.

Nach Ministeriumsangaben nehmen 18.000 bis 20.000 Schüler im Land die Möglichkeit des fakultativen Religionsunterrichts außerhalb der regulären Stundentafel wahr. Die evangelische und die katholische Kirche haben die Pläne der Landesregierung kritisiert und vor zusätzlichen Initiativen zur Zementierung des Pflichtfachs LER, aber auch vor der Einführung des LER-Studienganges an der Potsdamer Universität gewarnt.

Objektiv wird dieser Prozess vielleicht dadurch erleichtert, dass zumindest in den christlich orientierten europäischen Ländern trotz kultureller und sprachlicher Unterschiede jene verbindenden Gemeinsamkeiten gefunden werden können, die, wie weiter oben bereits dargestellt, sich aus der gemeinsamen historischen Verwurzelung im „christlichen Abendland“ ergeben. Hier liegen die Wurzeln für Grundüberzeugungen, die über die trennenden konfessionellen und politisch-geographischen Grenzen hinausweisen.

Durch die produktive Verschränkung von Regionalität und Universalität im Christentum des Abendlandes und durch den in diesem Umfeld entstandenen christlichen Humanismus sind für unsere Kinder und Jugendlichen, obwohl ihnen dieses zunächst kaum bewusst sein wird, unterschiedlich wirksame Motive gegeben, Europa langfristig als ihre kulturell-geistige Heimat zu empfinden und so eine europäische Identität aufzubauen. Da dieser Humanismus von seinem Grundgedanken her eine Kultur des Dialogs aufgebaut hat, ist er geeignet, auch jenen Bürgerinnen und Bürgern zur geistigen Heimat zu werden, die sich nicht zum Christentum bekennen. Der **Dialog zwischen den Kulturen und Religionen** ist eine Aufgabe, an deren Gelingen stets von neuem gearbeitet werden muss.

So gesehen ist *Europa Grundlage und Ziel der Erziehung zugleich*. D. h. die europäische Erziehung hat einerseits die durchgängigen Strukturen des Europäischen, der europäischen Kultur, der europäischen Geschichte in konkreten Beispielen aufzudecken und zu reflektieren und damit auch – bei aller relativen Eigenständigkeit der kulturellen, sprachlichen und politischen Entwicklung der europäischen Teilstaaten – die verbindenden Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, die gemeinsamen geistigen Wurzeln gegenwärtiger Gegebenheiten freizulegen und diese Gemeinsamkeiten in grenzüberschreitenden Begegnungen zu leben.

Durch den Rückgriff auf die gemeinsamen Grundlagen wird nicht nur das Fundament für die europäische Erziehung gelegt. Zugleich sind damit auch die Voraussetzungen für den Entwurf einer visionären Zielperspektive für die Europäische Erziehung geschaffen. Eine solche

Vision kann – gemäß der dynamischen Struktur Europas – kein ein für allemal gültiges und fertiges Produkt sein, sondern wird als *unabgeschlossener Prozess* verstanden werden müssen, an dem alle Beteiligten auch in den kommenden Generationen mitzuwirken haben.

### Vision eines künftigen Europas

Die gemeinsame pädagogische Arbeit an der Verwirklichung der Vision eines künftigen Europas muss nun allerdings in einen *globalen Horizont* gestellt werden. Das künftige Europa lässt sich nur noch unter Berücksichtigung seines Stellenwertes in der Welt definieren. Das gilt nicht nur unter wirtschaftlichen, sondern auch unter politischen und kulturellen Aspekten.

Vielleicht kann Europa aufgrund seiner eigenen Geschichte und seiner dynamischen Struktur einen speziellen Beitrag beim Ausgleich weltweiter Gegensätze und Spannungen leisten, so dass auf Weltenebene übergreifende Strukturen entwickelt werden, ohne dass die kulturelle Vielfalt der Weltregionen dabei geopfert werden müsste.

Eine Pädagogik und eine Schule, die die **Jugend für das künftige Europa gewinnen** wollen, müssen sich selber wandeln und ein neues Selbstverständnis formulieren. Der Weg nach Europa ist nicht nur durch Belehrung und kognitive Lernprozesse und geistige Auseinandersetzung zurückzulegen. Entsprechend der Dynamik europäischer Geschichte ist dieser Prozess von ganzheitlicher und umfassender Art, der auch familienpädagogische, sozialpädagogische, umweltpädagogische und freizeitpädagogische Aktivitäten provoziert. Auch eine dergestalt in ihrem Selbstverständnis ausgeweitete und korrigierte Pädagogik und Schule können nur erfolgreich sein, wenn sie integraler Bestandteil gesamtgesellschaftlicher und politischer Bemühungen sind. ■

Anm.:

Professor Dr. Christian Salzmann lehrt Pädagogik/Schulpädagogik im Fachbereich Erziehungs- und Kulturwissenschaften der Universität Osnabrück. Seit 10 Jahren leitet er den Hochschularbeitskreis der CDU Osnabrück.

## Die Evangelische Schule Neuruppin – Religion und Bildung im atheistisch geprägten Umfeld

Dr. Winfried Müller

Mit der Gründung der Evangelischen Schule Neuruppin im Jahre 1993, einem Gymnasium in kreiskirchlicher Trägerschaft, setzte die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg ein besonderes bildungspolitisches Zeichen. Gab und gibt es evangelische Schulen seit fünfzig Jahren in Berlin (West), so kam dieser Neugründung im Land Brandenburg exemplarische Bedeutung zu <sup>1)</sup>.

Die Kirchenleitung drückte dies wenig später so aus: „Evangelische Schulen sind ein Beitrag der Kirche zur *kulturellen Diakonie*. In ihnen soll sich zeigen, ob und wie in schulischen Bildungsprozessen eine **Balance** zwischen der Vermittlung von **Lebensorientierung** und der Vermittlung von **Wissen** erreicht werden kann. Bei dem Bemühen um diese Balance erproben kirchliche Schulen Wege, die auch für das öffentliche Bildungswesen modellhafte Bedeutung gewinnen können.“

### Religion als eine Antwort auf veränderte Lebensformen

Wer in der Evangelischen Schule Neuruppin den Unterricht in der Breite aller Fächer besucht, dem und der wird auffallen, dass ein Fach eine Sonderrolle spielt. Die Schülerinnen und Schüler lassen sich in aller Regel rasch vom Gegenstand einfangen, machen ihn mit größerer Bereitschaft zu dem ihren; sie öffnen sich, viele bringen sich nahezu selbstverständlich in den Unterricht ein, sind stärker selbst als in irgendeiner anderen Stunde: sie spüren, dass es um ihre Anliegen geht, um Dinge, die sie selbst berühren, erfassen, packen, erschüttern, umtreiben. Die Rede ist vom **Fach Religion**.

Eine umfangreiche Untersuchung unter Heranwachsenden hat den Jugendforscher Dieter Baacke vor wenigen Jahren zu folgenden Thesen veranlasst:

„(1) Das Religiöse als Bindungs- und Rückbindungserlebnis bedeutet für Jugendliche viel, ohne dass sie für diese Dimension ihres Lebens Hilfen von außen bekommen. Eltern, Kirche, Schulunterricht sind marginale Gesprächspartner im Bereich des Religiösen. ...

(2) Dies Marginalisieren des Religiösen im alltäglichen Leben ist eine Folge der modernen bzw. nachmodernen zivilisatorischen Kälte. ... In diesen frigidem Zustand totaler Nüchternheit können dann Ängste, auch Urängste, häufig vermittelt über die Medien, um so unmittelbarer einbrechen <sup>2)</sup>. Dann kommt es zu häufig desorientierten, häufig hilflosen Bewegungen.

(3) Indem die Wege, zum Religiösen zu finden, dem je einzelnen aufgetragen ist, sind individuelle Kreativität, plurale Deutungsmuster und Ausdrucksformen von Religiosität an der Tagesordnung. ...“

Wenn Baacke als Konsequenz „Religion als eine Antwort auf veränderte Lebensformen“ nennt – ist es dann nicht aus pädagogischer Verantwortung geradezu geboten, Religionsunterricht in der Schule zu erteilen? Und die Erfahrungen zeigen, wie wichtig und richtig das ist: So erst wird Schule runder, ganzheitlicher, erfasst den Menschen in einer entscheidenden Dimension seines Seins mehr.

### Problematik des „wertfreien Unterrichts“

Auf dem Kongress, bei dem diese Thesen vorgetragen wurden, traten natürlich auch die Apologeten neuer Ansätze auf. Sie nahmen und nehmen sie zum Anlass, Kritik am grundgesetzlich gewollten und garantierten Religionsunterricht in Verantwortung der Kirchen zu üben. Eine multikulturelle Gesellschaft brauche hier ein breiteres Wissen, müsse mehr informieren über Antworten verschiedener Religionen auf Sinnfragen. Damit wird dann unter anderem ein Fach wie das Brandenburgische Fach

LER – Lebensgestaltung, Ethik, Religionskunde – begründet.

Die Grundgedanken des Modellversuchs LER faszinierten, und die ursprüngliche Beteiligung der Ev. Kirche daran hatte gute Gründe. Mit der Abkehr der Landesregierung von den ursprünglichen Intentionen geriet die Kirche aber geradezu zwangsläufig in einen scharfen Gegensatz zu ihr; exemplarisch deutlich wird diese Abkehr für mich schon durch die Ersetzung des seinerzeitigen Wortes „Religion“ durch eben „Religionskunde“ in der neuen Lesart des zuständigen Ministeriums.

Ohne hier auf die rechtliche Fragen berührende <sup>3)</sup> Problematik des wertneutralen Unterrichtens von Werten im Fach LER eingehen zu wollen, muss ich auf Folgendes hinweisen: Viele Faszinierte kennen wohl 1. nur die Theorie, nicht die Praxis dieses Faches; womöglich ahnen sie 2. nicht einmal, dass es daneben keinen Religionsunterricht in den Brandenburgischen Schulen als ordentliches Lehrfach gibt (und das Angebot der Kirche von evangelischem Religionsunterricht an ihnen mannigfachen Erschwernissen unterworfen ist); und endlich 3. sehen sie das Ganze aus der Sicht der Altbundesländer. <sup>4)</sup>

### Gemeinsam Fragen nach dem menschlichen Zusammenleben stellen

„Die besondere Leistung des Religionsunterrichts ist es, einen Dialog zwischen den Schülern und den biblisch überlieferten Glaubensinhalten und -erfahrungen zu ermöglichen. Dialog heißt: Es geht nicht um ein Überstülpen biblischer Texte, sondern um eine kritische Aneignung des christlichen Menschenverständnisses. Das bietet den Schülerinnen und Schülern Hilfen zur Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit und sensibilisiert sie, für die schöpfungsgemäße Würde allen Lebens einzutreten.“

Ulrike Häusler, Lehrerin in Neuruppin



Ich setze dagegen: Wenn wir auf dem Gebiet der früheren DDR eine multikulturelle Gesellschaft hätten, wenn fünf Jahrzehnte schleichender Säkularisierung wie im Westen hinter uns lägen, stellte sich tatsächlich die Frage, ob es nicht eine Alternative zum Religionsunterricht als Regel- und damit Pflichtfach im öffentlichen Schulwesen geben sollte (diese fordert die Landeskirche als Minimum – übrigens auch für Berlin – beharrlich ein, also ein Wahlpflichtfach, d. h. ein verbindliches Fach mit Wahlmöglichkeit zwischen Religion oder z. B. Ethik, wie es etwa in Baden-Württemberg existiert).

Aber gerade in Brandenburg gibt es eine weit verbreitete unverhohlene Ausländerfeindlichkeit und mit Gewaltbereitschaft gepaarte rechtsextreme Tendenzen besonders unter Jugendlichen. Nach mehr als vier Jahrzehnten erzwungener **Säkularisierung** und seit der Wende erfolgtem **Werteverlust** das unbestreitbar entstandene Vakuum auch auf dem Wege des Unterrichtsfaches LER füllen zu wollen, wie es die Landesregierung zum Ziel hat: Das ist bestenfalls naiv, möglicherweise Schlimmeres, jedenfalls untauglich, vor allem – und das ist für mich das Ärgertlichste daran – ahistorisch!

Es gab nun einmal ein Deutschland und ein Europa vor der DDR, und das war und ist Teil des Abendlandes mit christlicher und auch jüdischer Prägung und deren Spuren in nahezu allen Lebensbereichen, auch den ganz persönlichen.

### RU kann Wertefundament legen

Wir müssen diesen Teil der Kultur wieder bewusst machen, wir müssen diesen unverzichtbaren Teil der Bildung wieder sicher vermitteln auch in der Schule. Die EKD hat dies 1997 in einer Denkschrift so formuliert: „Kultur ist ohne Religion nicht zu verstehen, Religion nicht ohne Kultur.“ Und dem Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse kann ich nur zustimmen, wenn er einen Bildungskanon in Schulen fordert und so begründet: „Wenn die Menschen in Deutschland nichts mehr vom Alten und Neuen Testament wissen, verstehen Sie drei Viertel des kulturellen Erbes nicht mehr.“

Wenn wir so ein **Wertefundament legen**, dann, aber auch erst dann können



ARCHE NOAH - verschiedene Materialien, Gruppenarbeit, 10. Klasse

wir es uns leisten, uns multikulturell zu geben, das Angebot anderer Kulturen und Religionen aufzuzeigen und ernsthaft zu diskutieren. Und genau dies hat Religionsunterricht zu leisten, natürlich im fächerübergreifenden Zusammenwirken mit den Fächern Geschichte, Politische Bildung und nicht zuletzt dem Deutschunterricht. Erst auf einer solchen Basis ist meiner Überzeugung nach auch die Aufarbeitung der jüngsten Geschichte möglich. Diese Überzeugung gestärkt haben die Erfahrungen an der Evangelischen Schule Neuruppin in den vergangenen sechs Jahren.

Zu solchem Religionsunterricht gehört dann auch, dass die oder der Unterrichtende **aus eigenem Glauben heraus Position bezieht**. Das heißt ja überhaupt nicht, dass anderen Meinungen und Überzeugungen kein Raum gegeben wird. Und selbstverständlich gehört eine breite Behandlung anderer Religionen in den Religionsunterricht hinein.

Toleranz hat evangelische Christen in diesem Sinne auszuzeichnen. Gemeint ist aber damit nicht jene postmoderne Toleranz, die mir auch typisch zu sein scheint für das Fach LER: Dort sollen die großen Religionen und Weltanschauungen nebeneinandergestellt werden wie Limonadenflaschen verschiedener Hersteller im Supermarkt; der Heranwachsende hat die Freiheit, für welchen Durststiller er sich entscheidet (der Hunger und Durst nach dem Reiche Gottes ...).

Nein, diese **postmoderne Art der Toleranz**, dieses „anything goes“ führt genau

zu jener Beliebigkeit, die in einer gefährlichen Wert-Losigkeit enden kann, und die nicht unser Ziel sein darf, wenn wir junge Menschen, ja Erwachsene am Ende der Schulzeit in das Leben entlassen.

### „Proprium“ evangelischer Schulen

Man verstehe mich nicht falsch: An der Evangelischen Schule Neuruppin ist es mehr als Religionsunterricht, was ihre Besonderheit ausmacht, wie überhaupt die alte und doch stets sich neu stellende Frage nach dem „proprium“ Evangelischer Schulen sicher nicht mit „Religion ist Pflichtfach“ beantwortet ist. Aber mehr als in den Altbundesländern trägt dieses Fach zur Besonderheit dieser Schule bei und erfüllt damit auch den oben formulierten **Modellanspruch**, eine Erfahrung, die andere Evangelische Schulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR teilen. ■

- 1) Im Bundesland Brandenburg gibt es ferner in Trägerschaft der Hoffbauer-Stiftung das Ev. Gymnasium Potsdam-Herrmannswerder, das die DDR als „Kirchliches Oberseminar“ überwinterte, und jüngst eine Ev. Grundschule ebenfalls in Potsdam.
- 2) Aktuelle Beispiele sind die Begleiterscheinungen der Sonnenfinsternis im August d. J. und der bevorstehenden Jahrtausendwende.
- 3) Die Nichterledigung der Verfassungsbeschwerden hierzu ist inzwischen selbst ein Politikum.
- 4) Jüngstes Beispiel ist m. E. der Pädagoge H. v. Hentig in seinem Buch „Ach, die Werte“ (Hanser-Verlag 1999).

Anm.:

Oberkirchenrat Dr. Winfried Müller ist Schulleiter der Evangelischen Schule Neuruppin.

## Die Antwort auf Globalisierung: Globale Verantwortung und Solidarität

**Nationale Grenzen, räumliche und zeitbedingte Entfernungen verlieren zunehmend an Bedeutung. Weltweite Finanz- und Informationsströme gelangen in immer kürzeren Zeiten zu ihren Empfängern. Nationale Probleme können nicht auf nationaler Ebene allein gelöst werden, weil sie durch Änderungen in anderen Ländern und Kontinenten mitverursacht wurden.**

Außer Interessen, Privilegien, Machtstrukturen, überlieferten Vorstellungen, Normen und Animositäten sind es heute auch die internationalen Rahmenbedingungen, die eine wirkungsvolle Problembewältigung oft erschweren. Alte Probleme wie Armut, Bevölkerungswachstum, Ressourcenverbrauch, Klimaveränderungen, Entwaldung, Bodenerosion und Wüstenbildung, Wasserknappheit und Luftverschmutzung, Abfallentsorgung, Krankheiten, Seuchen und Drogenanbau, nicht zuletzt Migration lassen sich nicht mehr national eingrenzen.

Einzelne Länder haben bei der Bewältigung dieser Probleme große Schwierigkeiten: Schon im Interesse des eigenen Überlebens sind alle Nationen einschließlich Deutschland gezwungen, über eigene Grenzen hinwegzusehen, Einfluß auf Vorgänge in anderen Ländern zu nehmen und Handlungen zu unterlassen, die anderswo Gefahren verursachen. Kein Staat kann auf die Dauer seine Eigeninteressen auf Kosten der anderen verfolgen, ohne letztendlich selbst darunter zu leiden.

### Forderungen an die Politik

Maßnahmen am Menschen bedeutet für die Politik vor allem, die Würde des Menschen, seine Freiheit und seine Selbstverantwortung zu respektieren. Hilfe bedeutet deshalb auch für staatliche Politik in der Regel: **Hilfe zur Selbsthilfe**. Der Politik fällt die Aufgabe zu, je-

ne Strukturen ändern zu helfen, die die Menschen an Selbsthilfe hindern.

Selbsthilfe behindernde Strukturen sind zum Beispiel Beschränkungen der Meinungs-, Vereins-, Koalitions-, und Pressefreiheit, Mängel der Rechtsstaatlichkeit, Beschränkungen der Teilhabe und Teilnahme am politischen Leben. Selbsthilfe wird auch erschwert durch das Verweigern von Grund- und Allgemeinbildung, Aus- und Fortbildung, schließlich auch durch Wettbewerbsbeschränkungen, die es nicht nur in Planwirtschaften gibt, die vielmehr auch als Folge von Monopolbildungen auftreten.

Deshalb sind die Garantie der politischen und sozialen Menschenrechte, Teilnahme und Teilhabe am politischen Leben, Rechtsstaatlichkeit, Bildung und sozial orientierte marktwirtschaftliche Ordnung die Rahmenbedingungen, die es zu verbessern gilt, um **nachhaltige Entwicklung in Frieden** zu ermöglichen. Die CDA fordert, daß die deutsche Außenpolitik, Rechtspolitik, Finanzpolitik, Wirtschaftspolitik und Entwicklungspolitik am gleichen Strang ziehen, sich gegenseitig unterstützen, in ihren Leistungen sinnvoll ergänzen und ein gemeinsames Konzept entwickeln.

### Armutsbekämpfung

Dabei muß besonders den konkreten Zielen der Armutsbekämpfung, der Friedenssicherung und der Bevölkerungspolitik Vorrang eingeräumt werden.

Die Bekämpfung der Massenarmut ist eine Aufgabe, die wir aus humanitärer Verantwortung und internationaler Solidarität wahrnehmen müssen; sie ist zugleich auch die Voraussetzung für jeglichen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritt. Armutsbekämpfung liegt in unserem eigenen Interesse, weil Armut zur Zerstörung der natürli-

chen Lebensgrundlagen, zu weiterem Bevölkerungswachstum und zu Wanderungsbewegungen beiträgt. Armut stellt eine Bedrohung für die politische, wirtschaftliche und ökologische Stabilität in der ganzen Welt dar.

Armutsbekämpfung kann nur als Hilfe zur Selbsthilfe dauerhaften Erfolg haben. Sie setzt deshalb voraus, daß gleichzeitig Verbesserungen auf den Gebieten der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, politischen Teilhabe, sozialen Orientierung der markt-

**Surfen Sie mit:**  
<http://www.kas.de>

Die Konrad-Adenauer-Stiftung verstärkt ihr Informationsangebot. Alle Veranstaltungen der KAS, bundes- oder weltweit, findet man hier mit einem Klick auf einen Blick.

2.300 Dokumente sind zur Zeit abgespeichert. Analysen zu bevorstehenden oder stattgefundenen Wahlen liefern die Wissenschaftler aus dem Forschungsbereich.

wirtschaftlichen Ordnung und der Entwicklungsorientierung des Regierungshandelns erreicht werden. Auch die Erfahrungen von mehr als vier Jahrzehnten deutscher Entwicklungsanstrengungen haben gezeigt, daß dies unverzichtbare Rahmenbedingungen der Entwicklung sind. Auch die Selbsthilfefähigkeit der Armen hängt von diesen Rahmenbedingungen ab.

**Armutsbekämpfung** bedeutet deshalb, unter Achtung der Würde und der Freiheit anderer Völker und des Grundsatzes der Subsidiarität, solidarisch durch Rat und Tat zur Änderung besonders jener Rahmenbedingungen beizutragen, die die Armen an der Überwindung ihrer Armut hindern. Darum fordert die CDA insbesondere:

- **Eigentumsverfassungen** müssen im Rahmen der Kultur den Bedürfnissen und Möglichkeiten auch der Armen entsprechen: z.B. darf Grundeigentum nicht solche formalen Akte und sonsti-

ge Hürden voraussetzen, die nur die Oberschicht überwinden kann.

- Der **Zugang zu öffentlichen Gütern** wie Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, Trinkwasser, sanitäre Einrichtungen, Transportwesen, Telekommunikation und andere darf den Armen nicht durch komplizierte Formulare, hohe Kosten, Korruption oder sehr weite Wege verwehrt werden.
- Breites Grund- und **Allgemeinbildungsangebot** mit dem Lernziel, eigene Bedürfnisse zu artikulieren, die Bedürfnisse anderer zu verstehen und die vorhandenen Institutionen zu nutzen.
- Breitgefächerte berufliche und schulische **Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten**.
- Wettbewerbsverfassung und **Wettbewerbsicherung**; dazu gehören Verbesserung der Nachfragemacht kleiner Produzenten auf dem Beschaffungsmarkt, Verbesserung der Angebotsmacht schwacher Anbieter gegenüber Nachfragemonopolisten und der Abbau von Informationsdefiziten über Waren, Produkte, Märkte, Bestimmungen, Technologien etc.
- Verbesserter **Zugang zu Krediten** und Absicherung von Risiken.
- Hilfe bei der **Integration** der außerhalb des geltenden Rechts stattfindenden Produktion und Vermarktung (sogenannter „informeller Sektor“) in die Wirtschafts- und Sozialordnung.
- Abbau der politischen Ohnmacht der sozial Ausgegrenzten und der von Ausgrenzung Bedrohten, denn sie ist in einem sich laufend verschlimmernden **Teufelskreis** sowohl die Folge der **Ausgrenzung** als auch Ursache dafür, daß sich die Strukturen weiter zu ungunsten der Armen verändern.
- Erhöhung des für selbsthilfeorientierte Armutsbekämpfung vorgesehenen **Anteils** in den nationalen und **europäischen Haushalten**.
- Stärkere Orientierung an der „**20 : 20 Regelung**“, wonach 20 % der Budgets der Entwicklungs- und Transformationsländer und 20 % der Entwicklungshilfe von Industrieländern für soziale Infrastrukturmaßnahmen aufgewendet werden sollen.

Nicht jeder Arme kann Unternehmer werden. Noch arbeiten in Entwicklungsländern Arme im Rahmen „freiwilliger“ Arbeitsverträge oft unter Bedingungen,

die nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in Verbindung mit internationalen Übereinkünften der Internationalen Arbeitsorganisation sogar bei Zwangsarbeit verboten wären. Unterschiedliche Menschenrechtspolitik in den Regionen der Einen Welt auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialrechts bewirken länderübergreifende Arbeitsmarktverwerfungen und wachsende Arbeitsmigrationsbewegungen. Sie belasten auch Unternehmen – in welcher Region auch immer – mit Risiken, die sie nicht kalkulieren können. Zum Ziel der Armutsbekämpfung gehört deshalb auch, die Rahmenbedingungen der Lohnarbeit zu verbessern.

Das Recht der Arbeit gehört zu den wesentlichen Elementen der modernen Industriegesellschaft. Ausgewogene und gerechte arbeitsrechtliche Bestimmungen sind Grundlage sozialer Sicherheit und sozialen Friedens und deshalb unverzichtbarer Bestandteil jeder ernstgemeinten Armutsbekämpfung.

### Friedenssicherung

Erfolgreiche Armutsbekämpfung ist eine notwendige Voraussetzung für Frieden, aber nicht die einzige: Denn Frieden gibt es nur auf der Basis von Gerechtigkeit. Ursachen für Konflikte sind meist Ungerechtigkeiten.

Konfliktpartner mit Waffen zu versorgen, zerstört Entwicklungserfolge, Wirtschaftskraft und politische Partnerschaften. Diese Folgen wiederum vergrößern die Armut und heizen die Konfliktbereitschaft an. Kriegsfolgenreparatur kann erlittenes Leid nicht wieder gut und Tote nicht mehr lebendig machen. Deutschland muß alles in seinen Kräften Stehende tun, damit **Konflikte gewaltlos gelöst werden**, bevor es zu Gewaltakten kommt. Dabei macht es erfahrungsgemäß keinen Sinn, nur die Gewalt zu verbieten, die Ursachen der Konflikte aber ungelöst zu lassen, weil die Konflikte dann um so plötzlicher, emotionaler und unkontrollierbarer ausbrechen. Mit zielstrebigem Unterstützung der Außen-, Wirtschafts-, Umwelt- und Rechtspolitik kann vor allem die Entwicklungspolitik, nicht zuletzt durch die Mitwirkung der Kirchen, politischen Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen zur ge-

### Der EAK im Internet – ein Klick genügt!

Unter [www.cdu.de/eak](http://www.cdu.de/eak) finden Sie unser neu gestaltetes Informationsangebot.

Neben aktuellen Veranstaltungstipps finden Sie auch unsere letzten Pressemitteilungen.

Sie können sich jetzt auch aus den letzten Ausgaben der „Evangelischen Verantwortung“ die Inhaltsverzeichnisse anzeigen lassen und einzelne Artikel herunterladen.

waltfreien Bearbeitung von Konflikten beitragen, bevor diese sich in Gewalthandlungen entladen.

Die CDA fordert, mit den der Politik möglichen Mitteln darauf hinzuwirken, daß

- ein legitimes Monopol staatlicher Gewalt anerkannt wird, das für jede Friedensordnung von grundlegender Bedeutung ist.
- das staatliche Gewaltmonopol rechtsstaatlich kontrolliert wird. Andernfalls wäre das staatliche Gewaltmonopol nichts anderes als ein Ausdruck der Diktatur.
- demokratische Teilhabe und Teilnahme den Menschen die Möglichkeit bietet, auf das Geschehen einwirken zu können, damit kein Konfliktstau entsteht, der sich unter Umständen in Gewalt entlädt.
- Diskriminierungen aller Art, ob nun nach Rasse, Ethnie, Religion, Sprache, Alphabetisierungsgrad, Wohngegend, Beruf, Geschlecht, Alter, Krankheiten, politischer Anschauung oder Besitz, entgegengewirkt wird. Dies gilt für alle gesellschaftlichen Bereiche.
- bei der Anpassung der Wirtschaft an die Erfordernisse des Marktes keine Polarisierung von „immer reicher“ und „immer ärmer“ stattfindet, die den Reichen die Chance bringt, Privilegien zu erwerben, die den Armen vorenthalten werden und zu sozialer Ausgrenzung führen. Die oben genannten Forderungen zur Bekämpfung der Armut und zur Verbesserung der Lage der Lohnabhängigen dienen

deshalb zugleich der Sicherung des Friedens.

- Marktwirtschaften an ordnungspolitische Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft gebunden werden und außerdem keine Vormachtstellung gegenüber Politik, Kultur und Moral beanspruchen.

Nur bei einem Zusammenspiel mindestens dieser Faktoren kann eine politische Kultur friedlicher Konfliktbearbeitung entstehen.

### Bevölkerungspolitik

Ohne Frieden und ohne Armutsbekämpfung bleiben alle Bemühungen, das Bevölkerungswachstum zu bremsen, ohne Erfolg. Im übrigen muß Bevölkerungspolitik auch dann, wenn sie sich auf Familienpolitik und hier auf Geburtenbeschränkung konzentriert, den Menschen in den Mittelpunkt stellen: Die Würde des Menschen, seine Freiheit und sein Selbstentscheidungsrecht dürfen nicht mißachtet werden.

Bildung ist die Basis und Voraussetzung, daß dieses Selbstentscheidungsrecht mit voller Einsicht in die Realität wahrgenommen werden kann. Erst soziale, wirtschaftliche und politische Stabilität gibt die Möglichkeit, dieses Selbstentscheidungsrecht wahrzunehmen.

### Ausblick

Deshalb fordert die CDA, jede Art von staatlichem Zwang bei der Familienplanung zu vermeiden bzw. einzustellen, die Bildung und Aufklärung von Männern und Frauen als dringende Notwendigkeit anzuerkennen und durch spezielle Programme zu fördern und die **Herstellung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Stabilität**, insbesondere die Überwindung der Armut als Voraussetzung einer eigenverantwortlichen Familienplanung anzuerkennen. Geburtenbeschränkende Maßnahmen dürfen keine Ausrede dafür sein, in den Anstrengungen zur Bekämpfung der Ursachen der Armut und der Ursachen für Konflikte nachzulassen.

Globalisierung schränkt zur Zeit die politische Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten zunehmend ein. Wenn der

Staat sich jedoch weiter aus der notwendigen Ordnungsfunktion, die sich gerade auch auf die Wirtschaft und auf die internationalen Informationsströme erstrecken muß, herausdrängen läßt, wird sich dies negativ auswirken. Auf gemeinwohlorientiertes Gestalten des Staates kann nicht verzichtet werden. Notfalls müssen mehrere Staaten Verantwortung auf eine gemeinsame Institution delegieren. Die Stärkung der EU ist ein konsequenter Schritt.

Die Öffnung aller Märkte führt früher oder später zu einem einzigen weltumspannenden Markt. Darauf kann und

muß Politik sich schon heute vorbereiten und sich – auch in regionalen und internationalen Verhandlungen der Nationen miteinander – darum bemühen, daß in Bezug auf Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, politische Partizipation und sozial orientierte marktwirtschaftliche Ordnung in allen Ländern Fortschritte erzielt werden. ■

Anm.:

Dieses Positionspapier ist ein Auszug aus einem Antrag des CDA-Kreisverbandes Rhein-Sieg zur diesjährigen CDA-Bundestagung. Die Redaktion nahm Dr. Bernhard Niemann wahr.

## Zum 500. Geburtstag des württembergischen Reformators Johannes Brenz

Dr. Christoph-E. Palmer

„Gute Werke sind des Glaubens Siegel und Prob‘, – denn gleich wie die Briefe müssen ein Siegel haben, damit sie bekräftigt werden, also muß der Glaube auch gute Werke haben.“ Martin Luther, aus dessen „Deutschen Schriften“ dieses Zitat stammt, könnte den Satz auf Johannes Brenz gemünzt haben.

Brenz war nicht allein ein begnadeter Mann des Wortes, ein Sprachtalent und ein gewandter Prediger, dessen Wort viele Menschen in seinen Bann zog.

Er war nicht allein ein stets **besonnener Vermittler**, in den Worten Luthers „mein Mann fürs Feine“, der nach dem Motto „Fortiter in re, suaviter in modo“ Brücken baute, der Gemeinsamkeiten fand und mit emsiger Schaffenskraft für Überzeugungen warb.

### Durch Taten überzeugen

Brenz verkörpert vielmehr eine Erkenntnis, auf die die Kirchen, auf die wir alle uns stets neu besinnen müssen: Christen überzeugen mehr durch Taten als durch Worte.



**Johannes Brenz, Württembergischer Reformator**

Johannes Brenz hat uns dies vorgelebt. Dieser bedeutende Theologe, Reformator, Politiker und auch Philosoph legte in vielfältigster Weise „Siegel und Prob“ seines Glaubens ab – auch durch gute Werke der Wissenschaft, der Bildung und in der Rechtsetzung, durch gute Taten als Verbreiter und Organisator, als einer der Architekten der in Form gegossenen Reformation sowie

als einer der geistigen Väter der Evangelischen Kirche, im besonderen der Evangelischen Landeskirche Württemberg.

Viele seiner guten Werke haben bis heute sichtbare Spuren hinterlassen, die nicht nur von der Größe seines Glaubens, sondern auch von der Größe dieses begeisterten Anhängers Martin Luthers zeugen.

Die evangelische Kirche hat Johannes Brenz viel zu verdanken. Deshalb wird er zu Recht im Jahr seines 500. Geburtstages vielerorts gewürdigt und auch „neu entdeckt“.

Viel ist aus berufenem Munde über Brenz' Leistungen für Glauben und Kirche gesagt und geschrieben worden. Als Politiker und Christ möchte ich deshalb andere Facetten dieses großen Württembergers hervorheben, für dessen Wirken beileibe nicht nur der deutsche Südwesten dankbar ist: Johannes Brenz hat nicht nur mit seiner Kirchenordnung von 1559 Württemberg zu einem beachteten und kopierten Muster gemacht. Er veränderte in guter Zusammenarbeit mit Herzog Christoph auch die Armenfürsorge, das Ehe- und Familienrecht und besonders das Schulwesen.

Gerne nehmen wir heute Bezug auf ihn. Auch im Zeitalter der Globalisierung bedarf es der **Sozialstaatlichkeit**. An Ehe und Familie halten wir fest, auch wenn manche meinen, sie könnten durch andere Formen des Zusammenlebens abgelöst werden. Und gerade für ein Land ohne nennenswerte Bodenschätze ist ein gutes Ausbildungssystem der Schlüssel zum Erfolg. Johannes Brenz war ein Humanist im besten Sinne – für ihn war die allseitige Ausbildung des Menschen neben dem Glauben dessen höchstes Gut. Brenz setzte sich – ganz im Sinne Luthers – ein für die breite Bildung des Volkes.

Für ihn konnte eine menschliche Gesellschaft ohne Ordnung nicht funktionieren. Ordnung wiederum bedürfe geistiger Orientierung, wozu Brenz Glaube und Bildung zählte. Glaube und Bildung, die sich nicht ausschließen, sondern einander bedingen: Bildung als

geistige Orientierung des Diesseits droht ohne den Glauben an die Ordnung des Jenseits haltlos zu werden.

### Glaube und Bildung

Ordnung war ein prägendes Kriterium auch für das Staatsverständnis von Johannes Brenz. In allen von ihm verfaßten wichtigen Regelwerken und Kommentaren hat er die **Zusammengehörigkeit von Kirche und Staat** und deren enges Zusammenwirken an eine herausragende Stelle gestellt.

### Der EAK der CDU/CSU lädt ein:

40. Bonner Theologisches Gespräch  
mit **Bischof Dr. Hartmut Löwe:**

„Ohne Kirche ist kein Staat zu machen?“

**am Montag, 15. November 1999,  
19 Uhr**  
Konrad-Adenauer-Haus, Bonn

Das weltliche Regiment verstand Brenz als eine Ordnung Gottes. Die Obrigkeit habe für Recht und Ordnung in ihrem Herrschaftsbereich zu sorgen und den gemeinen Frieden zu erhalten. In seinen Worten: „Schwerdt gehört allain der Oberkait zu“.

### Staat als Ordnungsfaktor

Dieser „Oberkait“, dem Staat, maß er große Bedeutung bei. Er sah im Staat einen der wichtigsten Ordnungsfaktoren. Und da für ihn Gott der Gott der Ordnung und das Chaos Folge der Sünde war, lehnte er Aufstand und Revolution ab. Dies brachte ihm den Vorwurf ein, ein staatsfrommer Prediger zu sein – zu Unrecht. Denn so sehr er z. B. Bauernaufstände verurteilte, so sehr forderte er auch Milde der Obrigkeit und wandte sich gegen mögliche Übergriffe – besonders, wenn es um religiöse Fragen und die Kirche ging.

Brenz forderte Respekt vor der Obrigkeit und wandte sich gegen billige, unangemessene Kritik ihr gegenüber. Zugleich stellte er an die Vertreter des Staates sehr hohe Anforderungen. So waren hohe Staatsämter aus seiner Sicht nicht nur Dienst – „ministerium“ –, sondern auch Sklaverei – „servitus“. Für ihn stellten sie Kreuz und Anfechtung dar, die nur im Vertrauen auf Gott durchgestanden werden könnten, aber anzunehmen seien.

Christentum jedenfalls ist für Johannes Brenz alles andere als Rückzug aus der politischen und zivilen Welt. Christentum ist vielmehr **Verpflichtung zum Dienst am weltlichen Gemeinwesen**, ist Mitverantwortung für die Ordnung, die es Christen gestatte, ihr irdisches Leben ruhig und ehrbar zu leben.

Wir könnten Johannes Brenz keinen größeren Dienst erweisen als den, uns immer wieder darum zu bemühen, durch unsere Taten diesen hohen Ansprüchen nahe zu kommen – und uns immer wieder bewußt zu machen, daß wir nicht nur im Diesseits verankert sind. Die Hoffnung auf Gnade und die Erwartung einer anderen Welt gibt uns Trost, hilft uns und schafft Mut zu tun, was zu tun ist – auch in seinem Sinne. ■

Anm.:

Dr. Christoph-E. Palmer ist Minister  
im Staatsministerium  
Baden-Württemberg

### Die Konrad-Adenauer-Stiftung lädt ein:

**27.-29. Oktober 1999 (Nr. 288)**  
Schloss Eichholz, Wesseling/Köln

„Neue Wege nach dem Holocaust – Martin Buber, die deutsch-israelischen Beziehungen und der christlich-jüdische Dialog“

u.a. mit: Prof. Dr. M. Friedman

**Infos unter: 02236/707-230**

**Helmut Edelmann/Niels Hasselmann (Hrsg.): Nation im Widerspruch. Aspekte und Perspektiven aus lutherischer Sicht heute. Eine Studie des Ökumenischen Studienausschusses der VELKD und des DNK/LWB. Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 1999, 320 Seiten, ISBN 3-579-02643-7.**

Ist die „Nation“ von Gott gewollt? Hat der Begriff „Nation“ ausgedient? Ist ein unbefangener Umgang mit ihm möglich angesichts historischer Fehlentwicklungen? Die Besinnung auf nationale Identität, auf Volk, Heimat und Nationalstaatlichkeit ist nicht nur eine politische, sondern auch eine religiöse Aufgabe. Diese Studie gibt einen Überblick über die Geschichte des Nationenbegriffs unter historischen, theologischen und sozialgeschichtlichen Gesichtspunkten. Sie enthält Beiträge zum Verständnis von Volk und Nation aus biblischer Sicht, wie lutherische Theologie und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert Volk und Nation bewerteten und welche Konsequenzen sich für die Gegenwart daraus ergeben.

**Margot Käßmann/Rüdiger Runge (Hrsg.): Kirche in Bewegung. 50 Jahre Deutscher Evangelischer Kirchentag. Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 1999. 224 Seiten, gebunden, ISBN 3-579-02099-4.**

50 Jahre Deutscher Evangelischer Kirchentag reflektieren das spannungsvolle Verhältnis von Kirche und Gesellschaft von der Nachkriegs- bis zur Nachwendzeit. Jedes Jahrzehnt der Kirchentagsgeschichte, so zeigt sich im Rückblick, hatte sein eigenes Leitthema. Mit politischen Debatten, in biblischer Besinnung

und theologischer Reflexion, durch Anstöße zur liturgischen Erneuerung und zum Gespräch zwischen Konfessionen und Religionen hat der Kirchentag Einfluß auf Kirche und Gesellschaft gewonnen – als Forum des Dialogs und Ort der Begegnung. Essays, Fotos und Dokumente zeichnen die Geschichte des Kirchentages in all seinen Facetten nach und porträtieren die Persönlichkeiten, die ihn begleitet und geprägt haben.

**Alois Glück: Abstieg oder Aufbruch. Plädoyer für eine liberal-konservative Erneuerung, Bruckmann Verlag, München 1996.**

Alois Glück, CSU-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag, plädiert in seinem Buch für eine geistig-ethische Erneuerung der Gesellschaft. Die Notwendigkeit ergibt sich für ihn aus der Orientierungskrise der Wohlstandsgesellschaft. Merkmale der Orientierungskrise sind unter anderem die zunehmende Gewaltbereitschaft, eine um sich greifende egoistische Selbstverwirklichung und der Zerbruch der traditionellen Lebensstrukturen wie der Dorfgemeinschaft.

Als weitere Herausforderung nennt er die Sicherung der sozialen Systeme. Nur wenn es gelingt, wieder mehr Menschen in Brot und Arbeit zu bringen, kann das Niveau des deutschen Sozialstaates gehalten werden. Grundlagen der Erneuerung sind das christliche Menschenbild und die christlichen Werte. Dazu gehören für ihn Eigenverantwortung, das Wissen um die Begrenztheit und Anfälligkeit des Menschen für Versuchungen und damit die Absage an alle Ideologien und Utopien.

Glück bekennt sich zu einer Gesellschaftsordnung, die von der christlich-abendländischen Kultur geprägt ist. Von diesen Grundlagen aus werden zwei Schwerpunkte liberal-konservativer Politik beschrieben, das Pflegen von bewährten Wurzeln und Traditionen und die Förderung von Innovationen.  
(Peter Schuster)

**Ingeborg Beste (Hrsg.): Mecklenburgischer Kirchenkalender 2000 Stock und Stein Verlag, Schwerin 1999. 55 Blatt, mit farbigen Fotografien Format: 22 x 24 cm, ISBN: 3-932370-87-2.**



**Ralf Hoburg: Protestantismus in Europa. Erwägungen für eine Kirche der Konfessionen. Geschichte, Modelle, Aufgaben. Wichern Verlag, Berlin 1999. 244 Seiten, 17 Abb., gebunden ISBN: 3-88981-113-2.**

Welche Stellung haben die Kirchen in der europäischen Integration? Ralf Hoburg geht dieser Frage nach und diskutiert den schillernden Europabegriff. Eine Darstellung verschiedener Kirchenmodelle wie Landes- oder Staatskirchentum und ihrer Finanzierungs- und Rechtssysteme gibt Einblick in die Vielfalt kirchlicher Realitäten.

Ein Anhang mit wichtigen europäischen Texten zum Thema rundet das Buch zum Standartwerk.

## Leserbrief

**Betr.: „EV“ 9/99: Thema Familie**

Nichts ist so schwer wie das Einfache. Schockiert lese ich, dass Babys von ihrer Mutter erstickt, vom Vater zu Tode gequält, in einer Tiefkühltruhe oder einem Fluss „entsorgt“ wurden. Gleichzeitig lese ich, dass die Verweigerung der katholischen Bischöfe, einer legalen Abtreibung zuzustimmen, aus der rotgrünen Ecke scharf kritisiert wird. Und im Bekanntenkreis erfahre ich, was kinderlose Ehepaare mit dem Herzenswunsch nach einer eigenen Familie für bürokratische Hindernisse überwinden müssen, wenn sie ein Kind adoptieren wollen. Mit der Folge, dass dies jahrelang dauert und damit die Adoption eines Babys in den ersten Lebensmonaten – wenn überhaupt – meist nur über Umwege, z.B. aus Lateinamerika, möglich ist.

Das Naheliegende, die einfache Lösung, wird bei allem Engagement und aller Betroffenheit der Beteiligten nicht einmal ernsthaft diskutiert. Zugegeben, ich denke – ganz naiv und als Mann – für manche vielleicht zu einfach. Aber wenn man einer Frau, die ungewollt schwanger wurde, zusagen kann, dass ihr Kind, vor dem sie sich fürchtet, bei einem adoptionswilligen Paar die besten Zukunftsaussichten hätte, dann wäre dies für alle Beteiligten das einfachste und beste Argument, auf die Tötung ungeborenen Lebens zu verzichten.

Zum Wohle des Kindes, zum Wohle der Adoptiveltern, aber vor allem zum Wohle der Mutter. ... Natürlich ist es für eine Mutter, hart, ein Kind auszutragen und dann – in

noch so gute Hände - fortzugeben. Aber ist die Alternative, es töten zu lassen, wirklich der einfachere Weg? Welch ein Glück – und welch eine Hoffnung –, dass die Ehrfurcht vor dem Leben in diesem Falle ureigenste Sache der Frauen ist. Aber – ceterum censeo – nichts ist so schwer wie das Einfache!

*Dr. Hans Georg Meyer  
Gronenborner Weg 24  
51377 Leverkusen*

## ■ Ehe und Familie im christlichen Bekenntnis

**Siegen.** Die Mitgliederversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Siegen-Wittgenstein stand unter dem Thema „Ehe und Familie im christlichen Bekenntnis“. Pfarrer **Dirk Gogarn** aus Netphen betonte in seinem Referat den unverzichtbaren Beitrag von Familien zur Gestaltung einer humanen Gesellschaftsordnung. „Verlässlichkeit, Treue und grundlegende Wertvorstellungen werden in Ehe und Familie eingeübt und gelebt“, so der Netphener Pfarrer.

Der EAK sieht sich als Anwalt des Lebens und wird sich gerade daher auch in diesem Bereich weiterhin engagieren. Eine kritische Auseinandersetzung mit der bevorstehenden Einführung der Abtreibungspille RU 486 Mifegyne steht auf dem Programm des EAK-Kreisverbandes.

Bei den anschließenden Vorstandswahlen wurde der bisherige Kreisvorsitzende **Rüdiger Heupel** aus Siegen einstimmig im Amt bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wurden gewählt: **Anne Bender**, Wilsdorf, **Dirk Gogarn**, Netphen

und **Dr. Reinold Schleifenbaum**, Siegen.

## ■ 7. Dresdner Gemeindegespräch

**Dresden.** Zu einer Andacht in der Kreuzkirche und zum Vortrag im Gemeindesaal hatten der Evangelische Arbeitskreis unter Leitung von **Dr. Peter Schumann** und die Kreuzkirchengemeinde eingeladen. Pfarrer **Dr. Michael Müller** sprach in der Andacht zum 119. Psalm, Vers 46 „Ich rede von Deinen Zeugnissen vor Königen und schäme mich nicht“, den Luther dem an Kaiser Karl V. übergebenen Exemplar der Augsburger Konfession vorangestellt hatte.

Über den Artikel 16 der Confessio Augustana „Von Politik und weltlichem Regiment“ sprach der sächsische Staatsminister für Justiz, **Steffen Heitmann**, im Gemeindesaal und variierte das Thema zu der Lutherischen Schlußfolgerung „Christen in politischer Verantwortung“.

Das anschließende Gemeindegespräch, bei dem der Rückgang christlicher Wertorientierung in der Öffentlichkeit die größte Rolle spielte, leitete Vikar **Falk Klemm** aus Thum.

## ■ Wie kann die Fremde zur Heimat werden?

**Schorndorf.** Unter diesem Thema hat der EAK im Rems-Murr-Kreis, unter Leitung von **Walter Meng**, ins Gemeindezentrum der Pauluskirche in Schorndorf Jugendliche aus Umsiedler-Familien, eingeladen zusammen mit Vertretern des Landkreises, der Schulen, der Justiz, der Polizei, Stadträte und

Vertreter der Kommunalverwaltung, der Kirchen, der Diakonie und Verantwortliche der offenen sozialen Jugendarbeit.

Ehrenamtliche Mitarbeiter des Ökumenischen Arbeitskreises für Spätaussiedler und die Betreuer vom „Evangelischen Jugendaufbaudienst“ haben über Jahre eine wichtige Vertrauensbrücke zu den Rußlanddeutschen aufgebaut und erheblich zur Minderung der Integrationsprobleme beigetragen.

Die mehr als vierzig Teilnehmer an diesem Forum wiesen sich alle durch hohe Sachkompetenz aus. Das Gespräch, moderiert von **Hans Keller**, dem im Diakonischen Werk Württemberg zuständigen Referent, bekam seine besondere Würze, weil es der langjährigen Betreuerin **Helga Faber** gelungen war, betroffene Jugendliche, die sich selbst gelegentlich als die zwangsweise „Mitgenommenen“ bezeichnen, zur Teilnahme an diesem Forum zu bewegen, ja sogar selbst das Wort zu ergreifen.

Der wichtigste Schlüssel zur Integration ist die gute Kenntnis der deutschen Sprache. Die meisten Jugendlichen der Zuwanderer-Familien der letzten Jahre haben schon zu Hause in der Familie kein deutsch mehr gesprochen, sind also ganz und gar auf gute Sprachkurse von ausreichender Dauer bei uns angewiesen.

## ■ Christliche Werte in der Politik

**Nienburg.** Das C im Parteikürzel sei weder schmückendes Beiwerk noch ein bloßes Anhängsel, sondern ein inte-

graler Bestandteil der CDU. Dieses Fazit zogen Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises der CDU-Nienburg anlässlich einer öffentlichen Veranstaltung.

Dazu war der EAK-Landesvorsitzende **Hans Bookmeyer**, MdL, geladen worden, der in einem „Ziele des EAK“ betitelten Referat Grundsätzliches zum Selbstverständnis des Evangelischen Arbeitskreises der CDU sagte.

An Bookmeyers Referat schlossen sich Vorstandswahlen an. Der gesamte bisherige Nienburger Kreisvorstand wurde in seinem Amt bestätigt.

## ■ EAK-Gründungsvorstand Plauen/Vogtland konstituiert

**Plauen.** Interessierte Christen trafen sich zum Vortrag von Superintendent **Thomas Küttler**: „Zur Wertediskussion in unserer Gesellschaft – was ist konsensfähig - was ist unantastbar“. Im anschließenden Gespräch, das schwerpunktmäßig dem Sonntagsschutz galt, wurde ein Gründungsvorstand ins Leben gerufen, dem Stadtrat **Klaus Junghans**, **Yvonne Gruber**, **Christa Süß**, **Manfred Dostmann** und **Dr. Gert Haas** angehören. Im Oktober soll der EAK-Kreisverband Plauen gegründet werden.

## ■ Europa muß man richtig machen!

**Gelsenkirchen.** Bei einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU-Gelsenkirchen unter Vorsitz von **Gerhard Bojahr** sprach **Dr. Gabriele Peus**,

**Meinungen und Informationen** aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · **Herausgeber:** Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · **Redaktion:** Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 544-305/6 · Fax 544-586 · **Abonnement-Preis** jährlich 20,- DM · **Konto:** EAK, Postbank Köln, (BLZ 370 100 50) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00) 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei

Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion!

Postvertriebsstück Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt

## Bundesweite Apfelbaum-Pflanzaktion am Reformationstag

# Bäume der Hoffnung

Anlässlich der Jahrtausendwende sollen mit der am Reformationstag stattfinden – den bundesweiten Aktion „Bäume der Hoffnung“ Zeichen für die kommende Zeit gesetzt werden. Das Pflanzen von Bäumen ist seit jeher als ein Symbol für Mut und den Willen zur Zukunft verstanden worden. Von Apfelbäumen gilt dies in besonderer Weise, wie schon das zum Allgemeingut gewordene, Luther zugeschriebene Zitat belegt:

„Wenn ich wüßte, daß morgen die Welt unterginge, würde ich heute noch mein Apfelbäumchen pflanzen.“ Deswegen sollten gerade auch Kirchengemeinden zu solchen Gemeinschaftsaktionen einladen, bei denen dieser Symbolcharakter theologisch und gottesdienstlich gedeutet und gefeiert wird.

Das Projekt soll für ökologische Zusammenhänge sensibilisieren und dazu bei-

tragen, den Begriff der „Nachhaltigkeit“ im Sinne der Agenda 21-Prozesse als ein auch kirchliches Anliegen zu entdecken.

Bereits im Zeitalter der Aufklärung bildeten sich viele Pastoren zu Experten der Obstbaumzucht heran. Von den alten Pfarrgärten gingen in der Tradition der Klöster wichtige Impulse für die Entwicklung der Land- und Gartenwirtschaft aus. Davon zeugen in man-

chen Pfarrgärten noch heute sehr alte Apfelsorten. Im Zeichen einer technisierten Land- und Gartenwirtschaft und unter den heute herrschenden Marktzwängen sind viele alte Apfelsorten verschwunden oder vom Aussterben bedroht.

Von Tausenden bekannter europäischer Apfelsorten werden kaum zwanzig bis

dreißig Sorten für allgemeinen Verbrauch kultiviert.

Heute können Kirchengemeinden dazu beitragen, die noch vorhandene Vielfalt zu bewahren und damit auch ein Stück Lebensqualität zu sichern. Mit jedem hochstämmigen Apfelbaum wird Lebensraum für viele Tierarten geschaffen; es wird aber auch Heimatpflege im besten Sinn betrieben.

An der Aktion sind beteiligt: die Projektstelle Millennium im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP), der in der Nordelbischen Kirche beheimatete Bewahre e.V. (Verein zur Bewahrung von Schöpfung, Gerechtigkeit und Frieden), der Pomologen-Verein und der Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder.

Markus Gögele

### Informationen:

Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik Projektstelle Millennium, Markus Gögele Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main  
Telefon: 069-58098-192,  
Telefax: -263  
E-Mail: 2000@epd.de,  
URL: www.gep.de/2000

## Unsere Autoren:

Kultusministerin  
Karin Wolff, MdL  
Luisenplatz 10  
65185 Wiesbaden

Prof. Dr. Christian Salzmann  
Universität Osnabrück  
FB 3  
49069 Osnabrück

Dr. Winfried Müller  
Schulleiter  
Regattastr. 9  
16816 Neuruppin

Dr. Bernhard Niemann  
Rathausallee 12  
53757 St. Augustin

Minister  
Dr. Christoph-E. Palmer  
Richard Wagner-Str. 15  
70184 Stuttgart